



Ursprung: Mündliche Anfrage
Initiator: B'go Die Grünen, Jermutus, Sarah
Beitritt:

Beratungsfolge	Gremium	Sitzung	Erledigungsart
27.11.2024	BVV	BVV-048/VI	beantwortet

Mündliche Anfrage

Betr.: Finanzieller Kahlschlag durch Schwarz-Rot

Ich frage das Bezirksamt:

1. Inwiefern ist der Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg von den Einsparungen des rot-schwarzen Senates betroffen?
2. Welche Auswirkungen haben die geplanten Einsparungen auf die soziale und kulturelle Infrastruktur sowie die freien Träger im Bezirk?
3. Inwiefern wurde der Bezirk vom Senat über Auswirkungen der Einsparliste auf ihre Arbeit und die Menschen im Bezirk informiert?

Beantwortung: **BezBmin Frau Herrmann**

zu Frage 1: Es wird kalt. Es wird dunkel draußen und auch die angekündigten und jetzt bekannten Kürzungen des Senats werden nicht dafür sorgen, dass es in Berlin im nächsten Jahr zumindest, was den sozialen Zusammenhalt angeht und was die kulturelle Infrastruktur angeht, dass es dort eine positive Aussicht geben könnte.

Ich weiß, es wird – ist ja auch groß verkündet worden vom regierenden Bürgermeister, von der Bürgermeisterin vor Kai Wegner, Franziska Giffey, Finanzsenatoren, Parteivorsitzenden, Fraktionsvorsitzenden der Koalitionsfraktion, wie schnell und geräuschlos man sich hier verständigen konnte und dass man Prioritäten gesetzt hat und dass die Priorität war, die Bezirke nicht zu kürzen.

Ich kann Ihnen hier heute sagen, wir haben nach erster Durchsicht dieser Liste sehr, sehr viele Punkte gefunden, die die Friedrichshain-Kreuzberger*innen in ihrem Alltag spüren werden.

Es ist richtig, dass die sog. Globalsumme der Bezirke nicht gekürzt wird und dass es auch natürlich erst mal vielleicht in all den düsteren Zeiten eine schöne Aussicht, wenn wir aber gleichzeitig sehen müssen - und das machen alle zwölf Bezirksbürgermeister*innen, egal, ob sie ein CDU-Parteibuch haben, ein SPD-Parteibuch haben oder ein grünes Parteibuch haben - deutlich, dass die Bezirke derzeit strukturell unterfinanziert sind, also dass wir auch hier schon eine Unterfinanzierung haben.

Wo konnten wir – und wir haben uns die Liste im Bezirksamt intensiv angeschaut -, wo können wir heute schon in Friedrichshain-Kreuzberger*innen oder müssen ihnen sagen, dass die Sparliste des schwarz-roten Senates konkrete Auswirkungen auf unser Leben hier im Bezirk haben wird.

Sie wird es an vielen Stellen zusätzlich haben, wo ich Ihnen heute noch nicht sagen kann, was sich dahinter verbirgt, weil, die 3 Milliarden Einsparsumme und diese Liste, die man im Internet finden kann, an vielen Stellen Titel betreffen im Haushalt und Summen, Geldsummen im Haushalt betreffen, die ein Sammelsurium von verschiedensten Punkten sind und da verbürgen sich selbstverständlich auch Einrichtungen z. B. im ISP, soziale Einrichtungen, Mehrgenerationenhäuser, Stadtteilzentren aus Friedrichshain-Kreuzberg dahinter.

Aber da verbergen sich auch andere Sachverhalte dahinter und deshalb können wir Ihnen heute z. B. an der Stelle nicht seriös sagen, ja, diese Einrichtung wird so und so viel Hunderttausend Euro weniger haben. Das werden wir am Ende vielleicht wissen, wenn der Nachtragshaushalt beschlossen worden ist im Abgeordnetenhaus. Vielleicht werden wir es auch noch nicht mal dann wissen, sondern wirklich erst nächstes Jahr, wenn die Umsetzung durch die jeweilige Senatsverwaltung passiert.

Klar ist, die Kürzungen betreffen alle Bereiche. Sie treffen alle Abteilungen und sie werden ganz konkret sein. Sie treffen Träger in unserem Bezirk. Ob das die Kultureinrichtungen sind, ob das Träger im Jugendhilfebereich sind, ob das Träger im Sozialbereich sind, doppelt und dreifach, weil es zum einen Kürzungen konkreter Art gibt und zum anderen die Tarifsteigerungen nicht mehr finanziert werden.

Wo erwarten wir weitere Kürzungen? Wir können das konkret für den Bereich Klima, Verkehr usw. heute schon sagen, im Klimaschutzbereich werden die Mittel zur Co-Finanzierung sog. BENE-Mittel deutlich reduziert für die öffentliche Hand wie für private Akteure. Von rd. 31 Mio. werden knapp 12 Mio. EUR gekürzt. Das kann ich weder inhaltlich nachvollziehen, Klimaschutz müssen wir machen und wenn wir ihn nicht heute machen, wird es nur, nur immer, immer weiter teurer. Ich kann es auch deshalb finanziell nicht nachvollziehen, weil das Eigenmittel sind und dahinter stecken zusätzliche Mittel, die wir von Europa nach Berlin holen.

Was haben wir im Bezirk damit gemacht? In der Zusammenarbeit mit dem Facilitymanagement und dem Klimateam haben wir hier z. B. Energiekosten gesenkt, indem wir Einsparungen gemacht haben bei unseren bezirklichen Gebäuden in der Heizung. Das heißt, wir haben Klimaschutz gemacht, wir haben Energiekosten und Haushaltskosten gesenkt und das haben wir mit diesen Mitteln gemacht und jetzt werden sie drastisch gekürzt.

Im Bereich Straßen- und Grünflächenamt und im Umwelt- und Naturschutzamt keine drastische Kürzungen, massive Kürzungen, Lärminderung, Radverkehrsanlagen, Erhöhung der Verkehrssicherheit für Fußgängerinnen und Fußgänger.

Im ... und z. B. das Umweltbildungszentrum nirgendwo ist von Kürzungen ganz konkret betroffen.

Im Bereich Schule massive Kürzungen beim Thema Schüler*innenhaushalt. Was wir noch nicht genau sagen können, die angestrebten Reduzierungen der Freistellungen von Lehrkräften werden wahrscheinlich, vielleicht Auswirkungen haben auf unsere außerschulischen Lernorte, die Gartenarbeitsschule, die Jugendkunstschule. Es ist nicht klar, inwiefern dieses Angebot aufrechterhalten werden kann.

Im Bereich der Jugendhilfe gibt es auch Auswirkungen. Ob das jetzt Jugendsozialarbeit ist, auch Sachen aus dem Jugendgewaltgipfel. Wir müssen uns das genau anschauen, welche Bereiche davon betroffen sind. Was wir auch sagen können ist, dass die Schulsozialarbeit, die wird gekürzt und das werden wir auch an Schulen in unserem Bezirk merken.

Im Bereich der Stadtplanung, wir hatten das gerade das Thema Mieter*innenschutz. Wir haben Städtebauförderung. Wir haben Beratungsangebote, Ausschreibungen von Gutachten, Untersuchungen, all das wird gekürzt werden und natürlich sind da auch wir betroffen.

Dann haben wir den Kulturbereich. Kürzungen im Bibliotheksangebot. Bei der ... die Zielvereinbarung wird zu 70 %, fast 80 % gekürzt. Zuschüsse an die Zentrale und Landesbibliothek 4 Millionen, dahinter verbürgt sich nicht die Landesbibliothek alleine, sondern der gesamte Bibliotheksverbund mit den Stadtteilbibliotheken.

Die Stiftung kulturelle Weiterbildung und Kulturberatung wird abgewickelt. Darunter befindet sich das Servicezentrum für die Berliner Musikschulen. Das sind unsere bezirklichen Musikschulen.

Auch im Bereich der Kultur ... das kann ich bei der 2. Frage machen.

Also Sie sehen, Sie merken, es betrifft alle Bereiche durchgängig, auch Suchthilfe ist von den Kürzungen betroffen. Es ist kein Bereich ausgenommen. An manchen Stellen können wir es konkret sagen, dazu

komme ich jetzt, an anderen Stellen werden wir das erst im Laufe der Debatte, vielleicht auch erst Anfang nächstes Jahr wissen.

zu Frage 2: Massive Kürzungen, die uns alle sehr schmerzen und ich muss mal ganz deutlichen sagen, was ich in dieser ganzen Debatte am schwierigsten finde ich 1., es war ein ausgemachtes Problem. Der Haushalt ist beschlossen worden von Schwarz-Rot; man wusste das vorher. Man hat die Stadt hier bewusst – weiß ich nicht -, aber man hat auch im letzten Jahr den Leuten was vom Pferd erzählt. Man ist rumgerannt und hat den Trägern erzählt, es gäbe eine Hauptstadtzulage. Am Ende kommen noch nicht mal die Tarifsteigerungen für die Träger und Akteure. Ich habe heute mit dem HAU telefoniert. Dass HAU eine wichtige und wesentliche Kultureinrichtung in unserem Bezirk. Die haben keine ausreichende Information bekommen – wie niemand von dieser Regierung sind die in irgendeiner Art und Weise vorbereitet worden auf das, was jetzt kommt.

Bei dem HAU, die haben auch eine Pressemitteilung herausgegeben, schauen Sie sich das an, bedeutet das mit Spareinschnitten, den 750.000,00 EUR, die jetzt konkret gekürzt werden, zusätzliche Belastungen dadurch, dass es auch die Tarifsteigerungen nicht gibt, sagt mir ..., wird mir gesagt, dass man keinerlei Programmmittel mehr hat. Man ist aber schon Verpflichtungen für das nächste Jahr eingegangen. Was machen wir hier eigentlich? Was machen sie hier eigentlich mit den Leuten? Und das kann ich in keinsten Art und Weise nachvollziehen, wie man die Menschen, wie man so planlos und die Menschen solange in Sicherheit hat wiegen lassen können und dann noch nicht mal einbezieht, noch nicht mal nach fachlichen Kriterien entscheidet und teilweise die Träger und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter letzte Woche Dienstag sich wiederfinden auf einer Liste und seitdem wissen, dass sie ab Januar keinen Job mehr haben. Das ist unmöglich. Und teilweise wissen sie es noch nicht mal.

Und einen Bereich, weil wir nach der Kultur- und sozialen Infrastruktur gefragt worden ist, möchte ich noch die Kulturraum Berlin GmbH und das Atelierprogramm und die Arbeitsraumprogramm, weil, auch das die freie Szene und die Kulturschaffenden und unser Bezirk ist ein diverser Bezirk, ist ein bunter Bezirk und nicht nur Berlin, sondern auch unser Bezirk lebt von der vielfältigen Kultur und von den Künstlerinnen und Künstlern.

Die Kulturraum GmbH soll abgewickelt werden, das ist schlecht für Berlin und auch am Ende für uns, weil wir z. B. mit der Kulturraum GmbH zusammen bei der Entwicklung des RAW-Geländes um die Erhaltung des soziokulturellen Ls kämpfen.

Wir haben das Atelierprogramm, das Arbeitsraumprogramm ist mit großer Mühe aufgebaut worden und wissen Sie, auch bei der Debatte, die wir gerade hatten, für Kulturschaffende, wie übrigens für viele Gewerbetreibende in dieser Stadt, sind die explodierenden Gewerbemieten sich nicht mehr zu leisten und wenn wir die Vielfalt und Diversität erhalten möchten und auch das, was unsere Stadt so liebenswert macht, dann müssen wir da reininvestieren. Was passiert, das Arbeitsraumprogramm wird von 24 Mio. EUR, wird 50 % eingespart. 12 Mio. EUR reduziert letztlich und die Kulturraum GmbH komplett abgewickelt. Das wiederum halte ich für einen großen Fehler, auch übrigens wenn wir uns überlegen, was wir damit auslösen in der Frage, wie attraktiv sind wir eigentlich noch als Berlin, auch für Besucherinnen und Besucher, wenn wir genau das kaputt machen.

zu Frage 3: Der Bezirk ist so informiert worden, wie die vielen Träger und andere Akteure auch. Es fehlen konkrete Abstimmungen. Es fehlt die Transparenz. Ich kann Ihnen ein ganz persönliches Beispiel sagen, wir hatten das vorhin, letzte Woche Montag war eine Sitzung in der Senatskulturverwaltung. Es ging um die Servicestelle Musikschule mit dem neuen Leiter der Stiftung, wo die Servicestelle untergegliedert ist. Am nächsten Tag konnten wir in der Zeitung lesen, dass die Stiftung abgewickelt wird. Einen Tag vorher wusste – zumindest in diesem Raum – niemand was davon und wir haben noch über eine Geschäftsordnung miteinander zu diesem Gremium gesprochen – herzlichen Dank.

Herr Garcia Bergt: Vielen Dank. Da Sie gerade die Kulturraum Berlin GmbH angesprochen habe. Ich erinnere mich schwach, dass sie einen zentralen Teil beim RAW spielen sollte. Kann das Bezirksamt vielleicht sagen, was für Auswirkungen auf die Verhandlung vielleicht haben wird?

zu Nachfrage 1 - BezStR Herr Schmidt: Also so ausführlich würde ich mich dazu jetzt auch nicht äußern wollen, aber klar ist, die Kulturraum GmbH und das Bezirksamt und die Nutzer vom SKL haben in den letz-

ten ... ja, seit Beginn der Kooperation im Dezember im Grunde, sehr viel schon getan und das wäre dann erst mal alles verloren und wenn die Kulturraum GmbH keinen Nachfolger hat, der ihre Aufgaben übernimmt, dann verliert das Land Berlin einfach eine solide Möglichkeit im städtebaulichen Verfahren, wie z. B. auch den Ufer-Hallen, dieses Modell, was ja nicht nur wir verfolgen, sondern auch andere, dass man nicht nur Wohnen, sondern auch Gewerbemieten, Kulturmieten im Zuge von Bebauungsplanung sichert, dass man das umsetzen kann in der praktikablen Weise, wie es die Kulturraum GmbH macht. Das ist natürlich ganz fatal.

Ich muss an der Stelle sagen, dass die Kulturraum GmbH offensichtlich auch Feinde hat in bestimmten politischen Regionen der Koalition. Das wurde uns also ja auch schon vorher mitgeteilt und da wird auch noch mal zu analysieren sein, wer eigentlich jetzt verantwortlich ist dafür, dass die Kulturraum GmbH nun so mir nichts, dir nichts anscheinend hier den Jordan runtergeht.

Wenn man jetzt sich mal die 12 Millionen EUR anschaut, die dort eingespart werden sollen, da heißt es ja auch perspektivisch, das ist ja zu einem ganz geringen Anteil nur die Kulturraum GmbH mit ihren paar Personalstellen, da scheint es also wirklich eine Gegnerschaft zu geben in bestimmten Bereichen der Regierung von Berlin, dass man dieses Modell einfach nicht will.

Also da frage ich mich einfach, was will man denn eigentlich nicht? Will man nicht, dass es solche intermediären Akteure gibt, mit denen wir Bezirke z. B. im Rahmen von Bebauungsplanverfahren, wie es ja schon woanders passiert ist, gut zusammen arbeiten können? Was ist der Grund dafür? Wenn man unbedingt das Instrument erhalten will, dann könnte man die paar 100.000,00 EUR, die es dafür braucht auch ablösen von dem anderen. Ich sage das jetzt ein bisschen nur fokussiert auf mein Kerninteresse als Baustadtrat hier, aber ich finde natürlich die 50 % oder wie viel auch immer Prozentkürzung an und für sich des Arbeitsraumprogramms hochskandalös. Warum soll die freie Szene mit 50 % bluten? Was ist denn das eigentlich wieder, ja? Also aus diesem ganzen Vorgang, von diesen 21 Mio. EUR Kürzungssorgie spricht ein Unverständnis für den Sinn von freier Kultur und Soziokultur in dem Fall auch, dass wir uns sehr wundern darüber.

Sollte es wirklich so kommen, ich habe ja schon gesagt, dass es mir vorher schon klar war oder uns signalisiert wurde, dass es Gegner der Kulturraum GmbH gibt, dann werden wir natürlich nicht komplett blank dastehen. Das kann ich an der Stelle sagen, aber ansonsten müssen wir heute mit der Kulturraum GmbH und all den anderen Akteuren solidarisch sein und einfach dagegen ankämpfen, dass so die Chancen für die Entwicklung der Kultur in der ganzen Stadt zerschlagen werden.

Herr Jokisch: Ich hätte einmal eine Frage zu den Einnahmeerwartungen, die wir zusammen haben. Es gibt ja in der Presse jetzt Informationen, dass die Gebühren für die Außengastronomie, wo es eine Steigerung gab, die es nicht mehr geben soll, das hätte ja Auswirkungen auf unseren Bezirk, so durchaus sechsstellig, siebenstellig oder so. Haben Sie da schon eine Information, ob das von SenFin kompensiert werden soll oder nicht?

zu Nachfrage 2 - BezBmin Frau Herrmann: Sehr geehrter Herr Jokisch, dazu haben wir keine Information und ich habe es auch schon im Haushaltsausschuss gesagt, wir haben vielleicht ja nachher auch noch eine Debatte, da würde ich auch noch mal was sagen, wo ich glaube, dass es durchaus auch Alternativen gibt – die gibt es ja immer. Und die betrifft auch die Einnahmeseite.

Was wir jetzt gerade uns noch mal anschauen ist, in welcher Frage die Grundsteuerreform eigentlich unseren Bezirkshaushalt belastet, weil, es flattern so langsam auch im Bezirksamt die neuen Bescheide ein und die beinhalten wie bei ... man das auch in den Zeitungen lesen kann, eine deutliche Steigerung und da werden wir jetzt auch schauen müssen und Gespräche führen müssen, wie damit eigentlich nächstes Jahr haushälterisch mit dem Bezirkshaushalten umgegangen wird.

Und zu dem Thema Sondernutzungsgebühren ist ja schon einiges gesagt worden. Man könnte auch über andere einnahmeseitige Aspekte reden und dann hätte man durchaus bestimmte Bereiche, über die wir gerade gesprochen haben, nicht so drastisch kürzen müssen.

Frau Burckhardt-Schön: Ich habe eine Nachfrage an das Bezirksamt, und zwar wegen dieser drastischen Einsparung: Welche Auswirkungen hat das auf die Verkehrssicherheit und die Klimaschutzziele? Wie kann es sein, dass der Bezirk trotzdem sicher sein kann und auch fit werden kann für die Zukunft?

zu Nachfrage 3 - BezStRin Frau Gerold: Also danke für diese Frage. Vielleicht einmal so vorweggeschickt: Natürlich wird es drastische Auswirkungen haben, wenn die Titel Verkehrssicherheit, Erhöhung und Ausbau des Radverkehrs und Fußverkehrs, Lärminderung etc. pp. gekürzt werden genauso, wie auch das Thema mit den BENE-Mitteln, was die Bezirksbürgermeisterin vorhin angesprochen hat.

Was ich aber darüber hinaus neben den Einsparungen in dem Bereich noch viel dramatischer finde ist, bzw. was das Ganze noch viel krasser werden lässt, ist ja, dass vor allem dort nicht gespart wird, wo es ums Auto geht. Das können wir glaube ich so zusammenfassen. Also es ist nicht alternativlos und es wird vor allem auch nichts getan, um möglicherweise auch die Einnahmen, die das Land Berlin generieren könnte, in irgendeiner Form zu erhöhen.

Es ist gerade in der Nachfrage angesprochen worden. Es ist seit zwei Jahren beschlossen, dass die Sondernutzungsgebühren zum 01.01.2025 steigen sollen und ich glaube jeder, der sich den Gebührenkatalog mal angeschaut hat weiß, sie sind sehr gering. Also ... und seit zwei Jahren ist die Steigerung bekannt und jetzt wird es kurz vor Jahresende zurückgenommen in einer derartigen Haushaltslage. Damit entgehen uns Millionen Euro.

Wir haben das Thema, dass Berlin irgendwo ..., dass die Preispolitik für die Anwohnerparkausweise betrifft sich irgendwie bei Erfindung des Kfz irgendwie bewegt vom Preisniveau her ... Also ich meine, 10,20 EUR im Jahr, wir haben das ..., ich weiß nicht, wie oft hier schon rauf und runter diskutiert, wir könnten, wenn wir auf einen Schlag beispielsweise 10,00 EUR im Monat verlangen würden, ja, dafür kriege ich mittlerweile noch nicht mal ein 4-Fahrten-Ticket, ja, mit der BVG, weil die Preise werden ja deutlich steigen, dann könnte ich ja für 10,00 EUR im Monat, das wäre eine Verzwölfachung der Gebühren, wir hätten Millionen mehr. Ja, da könnten wir unsere Fahrradstraße, Gärtnerstraße Peggy, die könnten wir bauen. Die können wir aber wahrscheinlich nicht bauen, weil wir dafür einen BENE-Antrag gestellt haben und, wir haben gehört, BENE-Mittel werden drastisch gesenkt. Ich weiß nicht, was es für dieses Projekt bedeutet. Wir haben jetzt die Bauplanungsunterlagen fertiggestellt. Ich glaube, jeder, der weiß, wie umfangreich es ist, eine Bauplanungsunterlagen zu erstellen, kann sich ausmalen, dass wir damit sehr weit fortgeschritten sind in diesem Projekt. Wir könnten, wenn alles gut läuft, nächstes Jahr anfangen, aber wir wissen es nicht. Also das, in aller Kürze, sind die Auswirkungen und ja, es wird schwer, das sicherzustellen, dass wir da weiter vorankommen.
